

Das Magazin für den
öffentlichen Dienst

Oktober 2022

hauptstadt magazin



**Neue Mitarbeiter
dringendst gesucht!**



dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin



© Friedhelm Windmüller

Liebe Leserinnen,
lieber Leser,

wachsende Gewalt gegen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes ist ein Thema, das dem dbb berlin seit Langem auf den Nägeln brennt. Nicht umsonst haben wir im vergangenen Jahr dazu eine Gemeinsame Erklärung der beiden gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen in Berlin und dem damaligen Regierenden Bürgermeister initiiert.

Wirksame Konsequenzen lassen aber auf sich warten. Der dbb berlin hat deshalb noch einmal mit einer Personal- und Betriebsrätekonferenz nachgelegt und weiß sich im Übrigen auch mit dem Hauptpersonalrat einig in der Sache.

Akuter Personalmangel macht inzwischen fast allen Bereichen des Landesdienstes schwer zu schaffen. Finanzsenator Daniel Wesener will mit einem Karrierebus Abhilfe schaffen und Bildungsministerin Astrid-Sabine Busse setzt unter anderem auf Verbeamtung der Lehrer und weitere Quereinsteiger. Auch beim Gewerkschaftstag der DSTG Berlin zählte die angespannte personelle Situation in der Finanzverwaltung mit zu den Hauptthemen. Die gkl berlin schließlich hat konkrete Vorschläge zur Entlastung der Feuerwehr vorgelegt.

Zu den erfreulichen Nachrichten zählt dagegen, dass die Berliner Versorgungsempfänger wie die Rentner mit 300 Euro aus dem Entlastungspaket bedacht werden sollen. Auch ein Leitfadentext, der Ausnahmen von der Parkraumbewirtschaftung erleichtern soll, ist zu begrüßen, sofern er auch endlich unbürokratisch umgesetzt wird.

Ein voller Erfolg schließlich war einmal mehr der Frühschoppen des dbb berlin Ende August. Auch in diesem Jahr haben Besucherzahl und Gästeliste den Stellenwert des dbb berlin im politischen und gesellschaftlichen Leben der Hauptstadt unterstrichen.

Schöne Herbsttage wünscht

Ihr

Frank Becker,
Landesvorsitzender dbb berlin

Inhalt

Veranstaltungen

dbb Konferenz zur Gewalt	4
Besucherrekord beim dbb Frühschoppen	6

Schulsenatorin

Lehrer schnell verbeamtet	8
---------------------------	---

Politische Entscheidungen

Einmalzahlung auch für Pensionäre	9
Vereinfachte Parkraumbewirtschaftung	10

Personalgewinnung

Nachwuchswerbung mit dem Karrierebus	11
--------------------------------------	----

Aus den Mitgliedsgewerkschaften

Steuer-Gewerkschaftstag	12
gkl berlin: Feuerwehr am Limit	13

Jugend

Für Gewerkschaftsarbeit motivieren	14
------------------------------------	----

Unterhaltung

Preisrätsel	15
-------------	----

Letzte Meldung

Beihilfe: dbb berlin fordert Abschlagszahlungen	16
---	----

Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin.

Redaktion: Annemarie Wellige. Telefon: 030.3279520. Telefax: 030.32795220. Internet: www.dbb.berlin.

E-Mail: post@dbb.berlin. Einzelmitglieder in den Fachgewerkschaften und -verbänden des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin.

Telefon: 030.7261917-0. Telefax: 030.7261917-40.

Internet: www.dbbverlag.de. E-Mail: post@dbb.berlin.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacyber, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. Telefon: 02102.74023-0.

Telefax: 02102.74023-99. E-Mail: mediacyber@

dbbverlag.de. Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannen,

Telefon: 02102.74023-715. Anzeigenverkauf: Andrea

Franzen, Telefon: 02102.74023-714. Anzeigendisposition:

Britta Urbanski, Telefon: 02102.74023-712. Preisliste 19,

gültig ab 1.1.2022. Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH &

Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.

Layout: FDS, Geldern. Fotos: wie angegeben.

Titelbild: Karl Bolf/stock.adobe.com

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.

dbb Konferenz zur Gewalt im öffentlichen Raum

Schnelle Lösung nicht in Sicht

Um der wachsenden Gewalt gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes wirksam Einhalt zu gebieten, sind noch sehr dicke Bretter zu bohren. Darüber hat die Betriebs- und Personalrätekonferenz des dbb berlin am 31. August keinerlei Zweifel gelassen.



Zwar unterstrich die Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey in einer Videobotschaft an die Delegierten, dass die Sicherheit und Gesundheit der Beschäftigten hohe Priorität für die Landesregierung haben, konkrete Maßnahmen stellte sie allerdings nicht in Aussicht.

Der Ist-Zustand, speziell in Ämtern und Behörden mit intensivem Publikumsverkehr, ist jedoch keineswegs durch Sicherheit für die Beschäftigten gekennzeichnet. Tatsächlich nehmen psychische und physische Gewalt in einem nicht gekannten Ausmaß zu, wie die Vorsitzende des Hauptpersonalrats (HPR), Daniela Ortman, im ersten Sachvortrag der Konferenz unterstrich.

Sündenböcke für Politikverdrossenheit

Ortman liefert den Grund für die dramatisch sinkende Gewaltschwelle gleich mit: Umfragen belegen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes als Sündenböcke für Politikverdrossenheit oder für die unliebsamen Folgen der Personalknappheit herhalten müssen.

Ortman kritisierte, dass die Gemeinsame Grundsatzerklärung von Senat, DGB Berlin-Brandenburg und dbb berlin bislang keine messbaren Auswirkungen gezeigt habe und kündigte ein breit angelegtes Projekt des HPR an, mit dessen Hilfe der beängstigten Entwicklung endlich wirksam entgegen-

steuert werden soll. Besonders wichtig sei hier Geschlossenheit und gemeinsames Vorgehen, denn schon jetzt, nach Bildung einer Landesarbeitsgruppe, zeichne sich die Komplexität des Problems deutlich ab. Eine schnelle Lösung sei deshalb nicht in Sicht, obwohl die Situation sich inzwischen gewaltig zugespitzt hat: Schon 25 Prozent der Beschäftigten geben bundesweit an, Gewalterfahrungen zu ha-

ben. Ohne Folgen bleibe das nicht: Vielen Betroffenen raubten die Attacken den Schlaf. Krankheiten seien vorprogrammiert. Der HPR will vor diesem Hintergrund eine auf Berlin bezogene Umfrage starten und dabei einzelne Dienststellen komplett befragen. Erwartet werden wichtige Impulse für das weitere Vorgehen.

Schon jetzt plädiert der HPR aber für spezielle Schulungen u. a. zur Stärkung der Körpersprache der Beschäftigten und für eine lückenlose Dokumentation der Gewaltattacken. „Null Toleranz gegen Gewalt“ muss auch ‚null‘ heißen und jeder Vorfall zur Anzeige gebracht werden“, forderte Ortman. Nachdrücklich plädierte sie außerdem für weitgehende Sperren der privaten Kontaktdaten der Beschäftigten, mehr Beratungsangebote für die Opfer und eine Stärkung der Personalräte, die wichtige Seismografen für die Stimmungsbilder in den Behörden seien.

Gewaltschutzambulanz bietet gerichtsfeste Dokumentationen

Gewaltopfer tun gut daran, die ihnen zugefügten Verletzungen dokumentieren zu lassen, um eine sichere Beweislage zu schaffen. Hier spielt in Berlin die Gewaltschutzambulanz der Charité eine wichtige Rolle. Leiterin Saskia Etzold informierte die dbb Personal- und Betriebsräte in einem live übertragenen Videovortrag darüber, dass die Ambulanz –



Daniela Ortmann rief zur Geschlossenheit auf.

nach einer entsprechenden Untersuchung – nicht nur kostenlos gerichtsfeste schriftliche Dokumentationen anbietet, sondern die Betroffenen auch mit Informationen über Opferhilfe und Rechtsschutz unterstützt.

Auch die Gewaltschutzambulanz registriert seit ihrer Gründung im Jahre 2014 wachsende Gewaltbereitschaft. „Die Hemmschwelle“, so Etzold, „ist deutlich gesunken.“ Offenbar in allen Lebensbereichen, wobei das Gros der Gewaltattacken allerdings nicht im öffentlichen Raum, sondern in den Familien stattfindet.

Auch Hassgewalt wächst

Wachsenden Aggressionen sind insbesondere Schwule, Lesben, Bisexuelle und Transgendermensen, kurz LGBTQ, ausgesetzt. Der Leiter des Berliner Schwulen-Anti-Gewalt-Projekts MANEO, Bastian Finke, ließ wissen, dass allein im vergangenen Jahr in Berlin 525 Fälle von Hassgewalt bei seiner Organisation aktenkundig geworden sind – das sind 22,7 Prozent mehr als im Vorjahr, wobei die Dunkelziffer weit höher liegen dürfte. Finke führte den Anstieg der Hasskriminalität auch darauf zurück, dass LGBTQ-Menschen sehr viel sichtbarer geworden sind, seit – zumindest offiziell – gesellschaftliche Akzeptanz herrscht. Tatsächlich ist aber noch viel Aufklärungsarbeit zu leisten, wenn immer noch 74 Prozent der Betroffenen sich vor der Ablehnung durch Freunde und Bekannte fürchten und ihr Vertrauen in staatliche und politische Institutionen sehr gering ist.

Wie die Gewaltschutzambulanz dokumentiert auch MANEO Übergriffe. Darüber hinaus leistet die

Organisation Opferhilfe und investiert mit ihren 50 hauptsächlich ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern große Anstrengungen in die Prävention. So geht auch das bekannte schwul-lesbische Stadtfest, bei dem auch der dbb berlin alljährlich mit einem Infostand vertreten ist, auf eine Initiative von MANEO zurück.

Am Ende der Konferenz lieferte Polizeihauptkommissar Hardy Telge sehr lebendige Eindrücke von der Tätigkeit der Zentralstelle Prävention bei der Polizei Berlin. Angeboten werden dort spezielle Seminare, die vermitteln, wie eine eskalierende Situation unter Kontrolle gehalten werden kann. Während ein angesäuerter Klient durchaus noch allein zu händeln sei, sollte bei lautstarken Unmutsaktionen sicherheitshalber eine dritte Person hinzugezogen werden, riet Telge. Bei Nötigungen, Bedrohungen oder Remperei empfehle es sich, den Chef zu holen – oder auch gleich die Polizei. Unvermeidlich seien Polizeieinsätze schließlich immer dann, wenn Werkzeuge wie Messer im Spiel sind.

Wichtig, so Telge, ist auch die Ausgestaltung des Arbeitsplatzes. So dürfen Fluchtwege nicht verbaut werden und Kollegen müssen idealerweise erreichbar sein. Schließlich gilt es auch, das Zuspitzen einer Situation zu verhindern: „Die hohe Kunst der Deeskalation“, ließ Telge wissen, „ist auf ein Stück Gerechtigkeit zu verzichten.“

Kompetenter Rechtsschutz hilft

... auch wenn es um Gewaltstraftaten geht. Beschäftigten im öffentlichen Dienst bietet die Roland-Rechtsschutz-Versicherung der DBV günstige Spezialtarife an.

Wer im Zusammenhang mit seiner dienstlichen Tätigkeit tötlich angegriffen und verletzt wird, sieht sich oft in teure Rechtsstreits verwickelt, um Schadensersatz und Schmerzensgeldansprüche durchzusetzen. Noch kostspieliger kann es bei anschließender Dienstunfähigkeit werden, wenn es womöglich noch zu einer Auseinandersetzung mit dem Dienstherrn kommt. Klar im Vorteil ist dann, wer für solche Situationen abgesichert ist, zumal der Roland-Rechtsschutz auch bei Streitigkeiten mit Nachbarn, Arbeitgebern, Vermietern oder auch bei Unfällen greift.

Wer mehr wissen will, auch über Versorgungskonzepte oder Beihilfeergänzungen, sollte sich über den nebenstehenden QR-Code mit der Berliner DBV-Agentur in Verbindung setzen.





Besucherrekord beim dbb Fröhschoppen

Am 27. August war es wieder so weit: Fast 100 Repräsentantinnen und Repräsentanten aus Politik, Verwaltung und Gewerkschaften trafen sich auf Einladung des dbb berlin zum geselligen und zwanglosen Informationsaustausch im „Paulaner am Spreebogen“. Gastgeber Frank Becker konnte sich damit über einen klaren Besucherrekord, aber auch über eine illustre Gästeliste, u. a. mit dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Dennis Bucher, und Finanzsenator Daniel Wesener freuen.

Schirmherr
Dennis Bucher

Bucher, der wie sein Amtsvorgänger bei den fünf vorhergegangenen dbb Fröhschoppen die Schirmherrschaft über die Veranstaltung übernommen hatte, freute sich sichtlich über diese neue Rolle und zollte dem dbb berlin, seinem Vorsitzenden und dem Landesdienst insgesamt großen Dank und hohe Wertschätzung für ihre Arbeit.

Nicht unerwähnt ließ der Parlamentspräsident aber auch die massiven Probleme, vor denen der öffentliche Dienst aktuell steht. Insbesondere der Nachwuchsmangel werde sich durch das nahende altersbedingte Ausscheiden von rund 38.000 Beschäftigten noch erheblich zuspitzen. Als „nicht hinnehmbar“ bezeichnete Bucher die wachsende Gewalt gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes und rief zum gemeinsamen Gegensteuern auf.

Auch dbb Landeschef Frank Becker hatte sich bei seiner kurzen Begrüßungsansprache äußerst besorgt über die gewaltsamen Angriffe gegen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst geäußert. Der dbb berlin führe zu diesem hochbrisanten





Sichtlich gut gelaunt beim Frühschoppen: Finanzsenator Daniel Wesener und die stellvertretende dbb Landesvorsitzende Martina Riedel

Thema eine Personalrätekonferenz durch, bei der auch die Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey in einer Videobotschaft Stellung beziehen werde.

Nicht die „Deppen der Nation“

Zufrieden zeigte sich Becker über die Ergebnisse des im Juli vorgelegten Abschlussberichts der Expertenkommission „Wahlen in Berlin“. Danach sind die – großenteils aus dem Berliner Landesdienst rekrutierten – Wahlhelferinnen und -helfer am allerwenigsten für das Wahlchaos vom September letzten Jahres verantwortlich, sie haben vielmehr Schlimmeres verhindert. „Wir sind nicht die Deppen der Nation“, bekräftigte Becker im Zusammenhang mit zuvor ganz anders lautenden Statements aus der Senatsverwaltung für Inneres und Sport.

Speziell den anwesenden Politikern gab Becker schließlich mit auf den Weg, eine verfassungsgemäße Besoldung, wie sie Karlsruhe längst für die Richter gefordert hat, endlich auch für die Berliner Beamtinnen und Beamten sicherzustellen. Zuwarten auf ein weiteres Urteil in einem noch anhängigen Verfahren speziell für die Beamtenbesoldung sei wegen des praktisch identischen Sachverhalts nicht länger hinnehmbar.

Die Mahnung des dbb Landeschefs richtete sich auch an die Fraktionen des Berliner Abgeordnetenhauses, die bei dem Frühschoppen erfreulicherweise stark vertreten waren.

Nicht nur die Landesleitung des dbb berlin und zahlreiche Vertreter aus dem Landeshauptvorstand



sowie die dbb jugend berlin nutzten den Parlamentarischen Frühschoppen zum Meinungsaustausch und zur Kontaktpflege, auch die dbb Bundesleitung war durch eine vierköpfigen Delegation mit dem Bundesvorsitzenden Ulrich Silberbach an der Spitze stark vertreten.

Glückwünsche für den dbb Bundesvorsitzenden Ulrich Silberbach

Geburtstagsständchen für den dbb Chef

Dass Silberbach trotz seines Geburtstags der Veranstaltung nicht ferngeblieben war, dankten die Gäste des Frühschoppens ihm unter anderen mit einem lautstarken Geburtstagsständchen.

Begrüßen konnte dbb Landeschef Becker auch die Vorsitzende des Hauptpersonalrats, Daniela Ortman, Vertreter der Selbsthilfeeinrichtungen, die die Veranstaltung wieder großzügig gesponsort haben, sowie wichtige Kulturschaffende in der Hauptstadt, wie den Intendanten der Deutschen Oper, Dietmar Schwarz, und Schauspielerinnen Barbara Schöne.

Noch lange nach dem offiziellen Ende des Stammtisches gegen 14 Uhr hielt es zahlreiche Gäste im Veranstaltungslokal „Paulaner am Spreebogen“ fest, wo auch dbb Landeschef Frank Becker ein erstes Resümee zog: „Ich freue mich über den großen Zuspruch für unsere Veranstaltung und noch mehr darüber, dass die Gästeliste die Bedeutung unterstreicht, die der dbb berlin im politischen und gesellschaftlichen Leben der Hauptstadt einnimmt.“

Gespräch mit der Bildungssenatorin

Am liebsten gleich morgen ...

... würde die Senatorin für Bildung, Jugend und Familie, Astrid-Sabine Busse, im großen Stil mit der Lehrerverbeamtung loslegen. Auch die für die Umsetzung zuständige Personalstelle steht bereits mit 35 zusätzlichen Kräften in den Startlöchern, um nach Verabschiedung der gesetzlichen Grundlagen die rund 17.000 Fälle in Angriff zu nehmen, die dann zu bearbeiten sind. Allerdings wird mit der Verabschiedung des Artikelgesetzes nicht vor Anfang nächsten Jahres gerechnet. An einer Verbeamtung von neuen Lehrkräften hat die Senatorin aber zumindest schon im September teilnehmen können.

Im Gespräch mit dem hauptstadt magazin erläutert Astrid-Sabine Busse, dass bei den Bestandslehrkräften künftig Verbeamtungen bis zum 52. Lebensjahr möglich sein sollen, ältere Lehrkräfte erhalten eine Ausgleichszahlung und aufgrund eines politischen Kompromisses wohl auch diejenigen, die an einer Verbeamtung nicht interessiert sind.

Die Senatorin, die die vier Jahrzehnte ihres früheren Berufslebens samt und sonders an Berliner Schulen verbracht hat, davon 30 Jahre als Leiterin der Grundschule in der Köllnischen Heide, kennt die Praxis nur allzu gut. Sie weiß, wie wichtig die Verbeamtung ist, schon allein, um weitere Abwanderungen des ohnedies knappen Personals zu verhindern.

Personalmangel zählt zu den ganz großen Sorgen im Bildungsbereich. „Langsam drohen uns auch die Quereinsteiger auszugehen“, zeigt sich die Senatorin besorgt. Sie selbst hat als Schuldirektorin durchaus gute Erfahrungen mit Quereinsteigern gemacht, die neben ihren beruflichen Kompetenzen in der Regel auch ein erfreuliches Arbeitsethos mit in die Schule bringen. „Sinnvoll ist es allerdings, wenn die Interessenten zunächst eine Woche in der Schule hospitieren, damit sie ihre Eignung für den Schulalltag selbst überprüfen können“, führt Busse

aus, „auch danach müssen sie noch eng auf ihrem langen Weg zur ausgebildeten Lehrkraft begleitet werden.“

Neue Interessenten für den Lehrerberuf verspricht sie sich insbesondere vom Berlin-Tag, Deutschlands größter Berufs- und Informationsmesse im Bildungsbereich, bei dem nicht nur die Senatsverwaltung ausgiebig über Ausbildungs- und Karrierechancen an der Schule informiert, sondern sich auch Schulen, Kitas und Jugendämter als potenzielle Arbeitgeber präsentieren.

Wir müssen uns ständig neu erfinden

Auch Bewerber, die nicht wie Quereinsteiger ein Mangelfach studiert haben, sind in Berlin mittlerweile willkommen. „Wir müssen uns ständig neu erfinden“, erläutert die Senatorin diesen Schritt. Das Fachwissen dieses Personenkreises sei für die Ausbildung in neuartigen Berufen, wie etwa dem des Klimatechnikers, von hohem Wert. Dass es mit diesen Fachkenntnissen für den Lehrerberuf nicht sein Bewenden hat, dafür sorgen verpflichtende Fortbildungen in Mathe, Deutsch, Inklusion und digitaler Kompetenz, die das Studienzentrum für Erziehung, Pädagogik und Schule (StEPS) anbietet.



Astrid-Sabine Busse

Schulneubau
Heinrich-Böll-
Oberschule

Sorge über Sozialdefizite

Besorgt äußert sich Astrid-Sabine Busse über die Folgen der Coronakrise, insbesondere des Lockdowns, für Schülerinnen und Schüler: „Die entstandenen Sozialdefizite sind schlimmer als die Lerndefizite.“ In Sachen Digitalisierung habe die Krise demgegenüber zu einem deutlichen Schub geführt. Alle Lehrkräfte seien mit Endgeräten ausgestattet worden und allein im Schuljahr 2021/22 habe die höchst beachtliche Zahl von 680 Schulungen mit 7.340 Teilnehmerinnen und Teilnehmern stattgefunden.

Größtes Infrastrukturprojekt

Fortschritte gibt es nicht nur bei der Digitalisierung, sondern auch beim Schulneubau. Allein drei neue Schulgebäude hat die Senatorin in der ersten Septemberwoche einweihen und sich von ihrer sinnvol-

len Raumgestaltung überzeugen können. Busse selbst hatte in der Projektgruppe Schulbau die Gestaltungsrichtlinien, die auch ausreichend Platz für Verwaltung, Betreuung und Begegnung vorsehen, mit erarbeitet.

25.000 Schulplätze sollen bei dem mehr als fünf Milliarden schweren größten Infrastrukturprojekt der Hauptstadt neu entstehen, wobei allerdings auch mit steigenden Schülerzahlen zu rechnen ist. „Aktuell haben wir beispielsweise 6.000 ukrainische Schülerinnen und Schüler zusätzlich in Berlin versorgt“, stellt die Senatorin in diesem Zusammenhang fest.

An Herausforderungen fehlt es im Bildungsbereich jedenfalls nicht. Das hauptstadt magazin wünscht Senatorin Busse allen Erfolg bei der Bewältigung ihrer vielschichtigen und schwierigen Aufgaben.

Neubau der Heinrich-Böll-Oberschule in Spandau – Treppenhaus



Entlastungspaket

Einmalzahlung auch für Pensionäre

Nach Presseberichten will Finanzsenator Daniel Wesener die geplante Einmalzahlung in Höhe von 300 Euro, die das dritte Entlastungspaket für Rentnerinnen und Rentner vorsieht, auch den Berliner Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern gewähren. Der Bund hatte entsprechende Zahlungen an seine Pensionärinnen und Pensionären bereits angekündigt.

„Das ist für mich eine Frage der Gleichbehandlung“, hatte der Finanzsenator in Welt Online unterstrichen. Erleichtert zeigte sich dbb Landeschef Frank Becker über diese Entscheidung: „Auch für uns war es eine Frage der Gleichbehandlung und wir sind froh, dass unseren Forderungen gefolgt werden soll.“

Nachwuchswerbung mit dem Karrierebus

„Mach’ was du willst, aber mach’s mit uns“ ist der Slogan, mit dem die Hauptstadt junge Menschen für den öffentlichen Dienst gewinnen will. Von Anfang September bis Ende Oktober rollt flankierend ein „Karrierebus“ durch Berliner Kieze und berät Interessenten über Ausbildung und Einstieg in den Landesdienst.

„Ihr müsst nicht zu uns kommen, wir kommen zu euch“, betonte Finanzsenator Daniel Wesener beim Start der Aktion am 2. September auf dem Breitscheidplatz.

Die „Road-Show“ ist eine weitere Maßnahme des Landes, die personellen Engpässe in der öffentlichen Verwaltung zu überwinden. „Allein bis 2031 werden 40.000 Beschäftigte altersbedingt ausscheiden. Das sind rund 30 Prozent“, bezifferte Wesener die entstehende Lücke, die den Mehrbedarf für die wachsende Stadt noch nicht einmal einschließt.

Im Karrierebus können sich potenzielle Interessenten unmittelbar über das breite Spektrum von Berufsbildern und Karrieremöglichkeiten im öffentlichen Dienst informieren, passende Stellenanzeigen abrufen und die Ausbildungsmöglichkeiten vom dualen Studiengang bis hin zu bezahlten Praktika für Schüler und Werksstudenten ausloten. Auch Quereinsteiger werden über ihre Einstiegsmöglichkeiten beraten.



© Annemarie Weillige

Punkten könne der öffentliche Dienst, so Wesener, nicht nur mit der Vielfalt seiner Beschäftigungsmöglichkeiten, sondern auch mit sicheren und sinnhaften Arbeitsplätzen, mit guter Bezahlung und beruflichen Perspektiven.

Zweifel lassen sich allerdings bei den beiden letztgenannten Vorzügen durchaus anmelden. Vielleicht wurde bei der Auftaktveranstaltung deshalb auch der besondere Fokus auf Diversität und Chancengleichheit gelegt. Expertinnen und Experten für Antidiskriminierung, Migration, Behinderung und Queerpolitik diskutierten ausführlich Willkommenskultur und Chancengleichheit im öffentlichen Dienst und kamen dabei zu durchaus annehmbaren Ergebnissen. Auch in Sachen Vereinbarkeit von Beruf und Familie kann sich der Landesdienst sehen lassen. Ob das allerdings als Anreiz reicht, um Bezahlsdefizite wie eine nicht verfassungsgemäße Alimentation auszugleichen, ist zumindest nicht wahrscheinlich.

Insofern begrüßt der dbb berlin die neue Initiative zur Nachwuchswerbung grundsätzlich und sieht den Erfolgen der Road Show gespannt entgegen. Allerdings dürften die angeworbenen Interessenten dauerhaft kaum zu halten sein, wenn nicht auch Bezahlung und Karrierechancen deutlich verbessert werden.

Standorte und Termine des Karrierebusses unter: berlin.de/machsmituns

Finanzsenator Daniel Wesener stellt die Werbekampagne auf dem Breitscheidplatz vor



© Martina Riedel

Parkraumbewirtschaftung

Leitfaden soll Ausnahmegenehmigungen vereinfachen

Die Senatsverwaltungen für Mobilität und für Inneres haben sich auf verbesserte Regelungen für Beschäftigte mit besonders ungünstigen Arbeitszeiten im Schichtdienst verständigt.

Denjenigen, die zu wechselnden Schichten und zu besonders ungünstigen Zeiten zu ihrer Arbeitsstätte kommen, soll mit erweiterten und vereinfachten Ausnahmeregelungen ein Parken ohne Parkschein ermöglicht werden.

Künftig wird danach ein Beginn der Arbeitszeit bis einschließlich 6 Uhr morgens als Voraussetzung für eine Ausnahme von der Parkscheinplicht anerkannt. Bei Beschäftigten im Wechselschichtdienst soll ein

vom Arbeitgeber ausgestellter pauschaler Hinweis genügen.

Mit dem Leitfaden werden den Bezirken Handlungsempfehlungen für vereinfachte Ausnahmegenehmigungen von der Parkscheinplicht an die Hand gegeben.

Ärgerlicherweise hat man sich bis Redaktionsschluss noch nicht auf ein einheitliches Verfahren zwischen Senat und Bezirken einigen können. Leidtragende sind einmal mehr der Beschäftigten im Schichtdienst. „Ich habe für ein derartiges Kompetenzgerangel absolut kein Verständnis“, äußert sich dbb Landeschef Becker zu dieser Posse. ■

Im Dialog mit der Präsidentin des Landesrechnungshofes ...

... standen Mitglieder des dbb Landesvorstandes am 13. September in der dbb Geschäftsstelle in Alt Moabit. Nachdem Präsidentin Karin Klingen (links im Bild) Aufgabenstellung, Personalpolitik und Arbeitsabläufe in ihrer Behörde in groben Zügen vorgestellt hatte (vgl. auch hauptstadt magazin 12/2021), entspann sich ein lebhafter von dbb Landeschef Frank Becker moderierter Meinungs-austausch über die Eingriffsmöglichkeiten der Behörde. Nach Ansicht der anwesenden dbb Vertreter müsste der Landesrechnungshof allerdings schon im Planungsstadium von Projekten eingebunden werden. ■





dbb Landeschef Frank Becker gratuliert dem neu gewählten DSTG-Landesvorsitzenden Oliver Thies (von links).

Steuer-Gewerkschaftstag

Die DSTG Berlin hat einen neuen Vorsitzenden

Oliver Thies ist neuer Vorsitzender der DSTG Berlin. Der 38-jährige Finanzbeamte wurde vom Steuer-Gewerkschaftstag am 5. September 2022 mit überwältigender Mehrheit an die Spitze der DSTG Berlin gewählt. Sein Amtsvorgänger Detlef Dames, der die Geschicke der DSTG Berlin seit 1994 gelenkt hatte und nicht wieder kandidierte, wurde von den knapp 100 Delegierten einstimmig zum Ehrenvorsitzenden gewählt.

In seiner Antrittsrede bei der öffentlichen Veranstaltung des Gewerkschaftstages verwies der neu gewählte DSTG-Landesvorsitzende Oliver Thies auf die schwierige Situation in der Finanzverwaltung, die u. a. von Personalmangel, fehlender technischer Ausstattung und problematischen Gesetzen gekennzeichnet sei. Ein gerechter Steuervollzug werde dadurch verhindert. Thies fordert die Politik auf, „umgehend ein Reparaturgesetz zur Wiederherstellung einer verfassungsmäßigen Besoldung“ zu erlassen und den öffentlichen Dienst mit einem modernen Laufbahnrecht, angehobenen Eingangs- und Endämtern sowie einem einfacheren Wechsel zwischen den Laufbahngruppen endlich attraktiver zu gestalten.

Übernahme von Quereinsteigern

Berlins Finanzsenator Daniel Wesener kündigte in seiner Rede vor dem Steuer-Gewerkschaftstag eine unbefristete Übernahme von Quereinsteigenden bei entsprechender Eignung an. Die bisherige dreijährige Befristung habe sich als zu kurz erwiesen. Außerdem will der Senator die Ausbildungszahlen weiterhin auf

hohem Niveau halten, um den großen Bedarf an Nachwuchskräften decken zu können.

Weitere Gäste der Veranstaltung waren André Schulze (Bündnis 90/Die Grünen), Sebastian Schlüsselburg (Die Linke), Kai Wegner (CDU) und Sebastian Czaja (FDP). Stellung zur aktuellen Situation in der Finanzverwaltung und zum öffentlichen Dienst generell bezogen außerdem der DSTG-Bundesvorsitzenden Florian Köbler und der Berliner dbb Landeschef Frank Becker, der u. a. endlich wirksame Maßnahmen gegen die ausufernde Gewalt im öffentlichen Dienst einforderte.

Bei den Sachberatungen entschieden die Delegierten des Steuer-Gewerkschaftstages über 90 Anträge, die von Fragen der Ausbildung über Tarif- und Besoldungspolitik sowie Laufbahnrecht bis hin zur Organisation der DSTG Berlin reichten.

Unterstützt wird Oliver Thies in der DSTG-Landesleitung von Sandra Heisig, Rolf Herrmann, Sandra Kothe, Lutz Treuter, Nadja Kneiske, Andre Drenke, Harriet Schleyer, Debora Schütz und Lisa Lebrecht, die als Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter gewählt wurden. ■

gkl berlin

Feuerwehr am Limit

Der Landesvorstand der gkl berlin hat konkrete Vorschläge zur Entlastung der Berliner Feuerwehr vorgelegt. „Die Vielzahl ihrer Rettungsdienstesätze darf die Feuerwehr nicht in ihren originären Brandschutzaufgaben behindern“, betont die gklVorsitzende Kerstin Gutwasser-Friebel. Eine Änderung des Rettungsdienstgesetzes sei deshalb überfällig.

Nach den Vorstellungen der gkl berlin sollte eine zentrale Leitstelle die eingehenden Notrufe priorisieren und alle Partner im Rettungsdienst an den Einsätzen beteiligen, nicht nur den der Feuerwehr.

Damit ein derartiges Zusammenspiel zwischen kassenärztlicher Vereinigung, Krankentransporten, Berliner Feuerwehr und weiteren Organisationen reibungslos funktioniert, schwebt der gkl berlin die Einrichtung eines runden Tisches vor, an dem alle Akteure im Rettungsdienst eine gemeinsame Lösung erarbeiten. ■

komba Senioren tagten in Fulda

Die Seniorenbeauftragten der komba gewerkschaft aus fast allen Bundesländern haben Mitte August in Fulda Fragen der Vorsorge, des Erbrechts und der Digitalisierung erörtert. Die gkl berlin war durch Eberhard Hempel vertreten.



© gkl berlin

dbb jugend berlin

Junge Menschen für Gewerkschaftsarbeit motivieren

Die dbb jugend berlin will mehr junge Beschäftigte für eine aktive Mitarbeit in ihren Reihen gewinnen. Bei einer Strategiesitzung des Landesjugendausschusses am 27. August 2022 wurden außerdem Überlegungen zur Nachwuchsgewinnung und für eine Verstärkung der Präsenz der jungen dbbler in der Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung angestellt.

Nicht nur eine generelle „Coronamüdigkeit“, wie sie der dbb Landesvorsitzende Frank Becker als Gast der Veranstaltung in vielen Gremien ausgemacht hat, sondern auch weitgehende Unkenntnis über Sinn und Aufgaben von Gewerkschaften wurden von der Landesjugendleitung als Hauptursachen des unzureichenden gewerkschaftlichen Engagements der jungen Menschen im öffentlichen Dienst ausgemacht.

„Was ist Aufgabe der Gewerkschaften?“ ist eine Thematik, die in Schulen und Ausbildungsstätten hineingetragen werden müsse, brachte es der stellvertretende Bundesvorsitzende Claudio Albrecht auf den Punkt. Albrecht war wie seine Kollegin in der Bundesjugend-

leitung, Sandra Heisig, die auch Mitglied in der Berliner HJAV ist, Gast der Veranstaltung. Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit, speziell in den sozialen Medien, soll hier helfen, ebenso wie gezielte Aktionen. Die dbb jugend bund etwa will im nächsten Jahr mit der Veranstaltung „Mehr Mut, mehr Jugend, mehr Engagement“ auf sich aufmerksam machen, die Berliner planen dagegen bereits für die Vorweihnachtszeit ein größeres Zusammentreffen der dbb jugend. Landesjugendchef Denis Börner will bereits im Vorfeld bei allen Mitgliedsgewerkschaften für die Veranstaltung werben. Denn so ganz hat sich immer noch nicht herumgesprochen, dass eine aktive dbb jugend in Berlin auf Unterstützung aus allen Mitgliedsgewerkschaften wartet. ■

Wahlen in Berlin

Senat zieht Konsequenzen

Der Berliner Senat hat ein Maßnahmenpaket beschlossen, das in weiten Teilen den Handlungsempfehlungen der „Expertenkommission Wahlen in Berlin“ folgt.

Aufbau- und Ablauforganisation und die Kommunikationsstrukturen sollen verbessert und die notwendigen Ressourcen werden durch eine bessere und gesicherte Finanzierung gewährleistet werden. Zudem sind wahlrechtliche Änderungen und Zielvereinbarungen geplant, um klare Verantwortlichkeiten und verbindliche Abläufe sicherzustellen.

Die zentrale Steuerung der administrativen Wahlorganisation soll künftig ein Landeswahlamt nach Hamburger Vorbild übernehmen, das bei der Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport eingerichtet wird. So wird das Amt künftig die Beschaffung von Stimmzetteln und die Entwicklung bezirksübergreifender Standards für die Schulung von Wahlhelfenden und sonstiger Verfahrensabläufe übernehmen.

Die Landeswahlleitung wird nach dem Willen des Senats neu aufgestellt und gestärkt. Außerdem sollen die Bezirkswahlämter zu ständigen Einrichtungen mit

angemessener Sach- und Personalausstattung ausgebaut werden. Aufgabe einer von der Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport bereits eingerichteten Taskforce Wahlen ist es, den Änderungsprozess in enger Abstimmung mit den Bezirken und allen an der Wahlorganisation beteiligten Behörden und Stellen zu steuern. So werden neue bezirksübergreifende Konzepte zur Standardisierung der Festlegung und Ausstattung der Wahllokale sowie zur Gewinnung und Schulung der Wahlhelfenden und zu logistischen Ablaufprozessen entwickelt. Auch die Öffentlichkeitsarbeit wird verbessert und ein IT-gestütztes Feedback- und Beschwerdemanagement eingeführt.

Ein neuer Landeswahlleiter wurde mit Prof. Dr. Stephan Bröchler bereits ernannt. Der Professor für Politik- und Verwaltungswissenschaften an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR) hatte sich bereits sehr gewinnbringend in der Expertenkommission Wahlen in Berlin eingebracht. ■

zeitliche Länge	Gewürz-, Heilpflanze	▼	Güte; Beschaffenheit	nordischer Hirsch	<p>Unsere Gewinner</p> <p>Einen Notfallordner, mit dem die richtige Vorsorge kein Problem ist, haben bei unserem September-Preisausschreiben gewonnen:</p> <p>Gabriela Arendt, 12359 Berlin Sabine Hiller, 10557 Berlin Mario Viefhues, 13509 Berlin</p> <p>Das Lösungswort war „Badeort“.</p>										Geschwindigkeit	selbstsüchtiger Mensch	▼	Bienenzüchter	Vorbedeutung											
Radmittelstück																														
Bewohner eines Erdteils			böse, schlimm																											5
▼	8				Wettkämpferin (Sport)	▼	plumpe Lüge, Vorwand	Wasservogel	▼	eine Zahl	▼	Leberabsonderung	Staat in Nahost, Persien																	
verantwortlich führen	traurig, freudlos	▶	1				zuerst	▶					▼	4	scherzh.: geschickt entwenden					bezeichnen; taufen										
▶					Körperröhre	▶		7		überfällig; abends		Luft einziehen und ausstoßen																		
Beschwerde bei Gericht			schwed. Poplegende		Einzelvortrag in der Musik		Sitzmöbel für eine Person	▶							Nervenzentrum					Tierpflege										
▶			in hohem Maße	▶						Hühnervogel	▶																			
Kindertagesstätte (Kzw.)		Wasserverkehrsmittel					Begeisterung, Schwung	▶				Schwermetalle		3																
▶			6	Gesangsstück	▶					Abk.: elektronische Datenverarbeitung	▶		munter, lebhaft																	
leicht bitter oder säuerlich		Leser, Dauerbezieher										sich bräunen	▶							2										

Drei Thermobecher zu gewinnen!

Auf die Gewinner unseres Preisrätsels warten dieses Mal drei formschöne, silberne Thermobecher, die die BBBank gesponsort hat. Wer bei der Verlosung der Preise dabei sein will, schicke die richtige Lösung an:

dbb berlin
post@dbb.berlin
Fax: 030.327952-20

Einsendeschluss ist der 15. Oktober 2022.

Die Gewinne werden unter den richtigen Einsendungen ausgelost. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



PREISRÄTSEL



Letzte Meldung

Beihilfe: dbb berlin fordert Abschlagszahlungen

Zehn Wochen und länger müssen Berliner Beamtinnen und Beamte noch immer auf ihre Beihilfen im Krankheitsfall warten.

„Wir sind die offiziellen Vertröstungen auf eine baldige Besserung dieser unhaltbaren Situation leid und fordern Abschlagszahlungen, um die Beihilfeempfänger endlich wirksam zu entlasten“, empört sich dbb Landeschef Frank Becker.

Konkret soll der Senat dafür sorgen, dass schnellstmöglich ein 80-prozentiger Abschlag ausgezahlt wird, sobald eine abschließende Bearbeitungszeit von 14 Tagen überschritten wird. „Auch ohne die exorbitanten Preissteigerungen, insbesondere im Energiesektor, war es vor allem den unteren Einkommensgruppen kaum noch möglich, Arzt und Medikamentenrechnungen zeitnah zu begleichen.

Jetzt dürften immer mehr Betroffene außerstande sein, in Vorkasse zutreten und dem Dienstherrn praktisch ein zinsloses Darlehen zu gewähren“, beschreibt Becker die mittlerweile äußerst zugespitzte Situation. „Der Senat muss endlich handeln und darf seine Beamten und Versorgungsempfänger – ausgerechnet nach einer Erkrankung – nicht länger im Regen stehen lassen.“

An der „Berliner Beihilfekrise“, unterstrich der dbb Landeschef abschließend, treffe die seit Monaten am Limit arbeitenden Beschäftigten der Beihilfestelle keine Schuld, Hauptursache sei vielmehr die jahrelange personelle Fehlplanung. ■